ZDF-Politbarometer Januar I 2015

ZDF-Politbarometer Januar I 2015

"Islam gehört zu Deutschland" - Nation gespalten / Drei Viertel lehnen Pegida ab
Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in dieser Woche die Aussage des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff bekräftigt, dass der Islam zu Deutschland gehört. Unter den Befragten halten sich hier Zustimmung und Ablehnung genau die Waage: 48 Prozent der Deutschen schließen sich der Meinung Merkels an, 48 Prozent sind nicht ihrer Meinung (Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht"). Mehrheitlich unterstützen diese Aussage die Anhänger der SPD (56 Prozent), der Grünen (73 Prozent) und der FDP (62 Prozent), die CDU/CSU-Anhänger sind gespalten (stimme zu: 46 Prozent; nicht zu: 49 Prozent). Die meisten Anhänger der Linke (58 Prozent) und nahezu die gesamte Anhängerschaft der AfD (96 Prozent) weisen dagegen eine Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland zurück.
Mehrheit sieht im Islam keine Bedrohung für westliche Demokratien
Mit 58 Prozent sind die meisten Deutschen der Ansicht, dass vom Islam keine Bedrohung für die Demokratie bei uns ausgeht (glaube das: 35 Prozent). Diese Einschätzung wird von den Anhängern aller Parteien mehrheitlich geteilt, mit Ausnahme der AfD-Anhänger, von denen gut zwei Drittel (69 Prozent) im Islam eine solche Gefahr sehen. Im September 2012 herrschte in dieser Frage insgesamt ein zwiespältiges Meinungsbild, für 47 Prozent stellte der Islam damals eine Bedrohung der westlichen Demokratien dar, für 48 Prozent nicht.
Terrorangst gestiegen
Nach den Anschlägen in Paris befürchten 70 Prozent, dass auch in Deutschland in nächster Zeit Terroranschläge von Islamisten verübt werden, 26 Prozent rechnen nicht damit. Die Terrorangst ist damit gegenüber September 2014 gestiegen, vor vier Monaten glaubten 60 Prozent, dass in Deutschland islamistischer Terror droht, 37 Prozent gingen nicht davon aus.
Für knapp die Hälfte (49 Prozent) wird bei uns zum Schutz vor Terror genug getan, 36 Prozent jedoch sehen Defizite. Dieser Anteil ist gegenüber vergangenem September (28 Prozent) angestiegen, für ausreichend hielten die Anti-Terror-Maßnahmen damals 55 Prozent.
Geringe Zustimmung zu Pegida
Die Pegida-Bewegung, deren Demonstrationen vor allem in Dresden Zulauf haben, finden nur 17 Prozent der Befragten gut, 74 Prozent lehnen sie ab, darunter breite Mehrheiten in allen Parteianhängergruppen. Einzig die Anhänger der AfD stehen Pegida klar positiv gegenüber, 70 Prozent äußern Zustimmung.
Projektion: Wenig Bewegung zum Jahresanfang
Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU wie im Dezember auf 42 Prozent und die SPD unverändert auf 25 Prozent. Die Linke bliebe konstant bei 8 Prozent, die Grünen könnten mit 11 Prozent (minus 1) rechnen und die AfD läge weiterhin bei 6 Prozent. Die FDP könnte 3 Prozent erreichen und wird daher - anders als in den letzten Politbarometer-Umfragen - nicht mehr zusammen mit den anderen Parteien, sondern einzeln ausgewiesen. Die anderen Parteien erzielten 5 Prozent. Damit hätte neben einer Großen Koalition auch ein Bündnis aus CDU/CSU und Grünen sowie aus CDU/CSU und AfD eine rechnerische Mehrheit. Nicht reichen würde es weiterhin für eine Koalition aus SPD, Linke und Grünen.
TOP TEN: Deutlicher Ansehensgewinn für de Maizière
Die meisten der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker und Politikerinnen konnten sich im Vergleich zur letzten Umfrage verbessern. Nicht so Angela Merkel, die die Liste dennoch weiterhin anführt und auf der Skala von +5 bis -5 jetzt einen Durchschnittswert von 2,4 erhält (Dez.: 2,6). Auf Platz zwei liegt Frank-Walter Steinmeier mit 2,1 (Dez.: 2,1), gefolgt von Wolfgang Schäuble mit 2,0 (Dez.: 1,9). Es schließen sich an Thomas de Maizière, der mit einer Bewertung von 1,3 (Dez.: 0,9) zwei Plätze vorrückt, Sigmar Gabriel mit 1,2 (Dez: 1,1), Peer Steinbrück mit 1,0 (Dez.: 0,9) und Ursula von der Leyen ebenfalls mit 1,0 (Dez.: 0,8). Horst Seehofer kommt auf 0,3 (Dez.: 0,0), Andrea Nahles auf 0,2 (Dez.: 0,3) und Gregor Gysi auf 0,0 (Dez.: 0,0).
Euro-Krise nicht überwunden - kein Schuldenschnitt für Griechenland
Für 82 Prozent der Deutschen ist die Euro-Krise nicht vorbei, nur 14 Prozent halten sie für überwunden. Zudem erwarten 39 Prozent künftig eher eine Verschärfung der Krise, 12 Prozent glauben, sie werde sich eher abschwächen, und 44 Prozent meinen, an der Euro-Krise wird sich nicht viel ändern.
Eine Mehrheit von 55 Prozent findet, dass Griechenland, das weiterhin in großen finanziellen Schwierigkeiten steckt, den Euro als Währung behalten soll, 33 Prozent sprechen sich dagegen aus. Im Dezember 2012 waren 46 Prozent für einen Verbleib Griechenlands im Euro und ebenfalls 46 Prozent dagegen. Einen erneuten Schuldenerlass für das Land lehnen 67 Prozent ab, nur 27 Prozent fänden das richtig.
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 13. bis 15. Januar bei 1287 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteianteil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteianteil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 45 Prozent, SPD: 26 Prozent, Linke: 7 Prozent, Grüne: 11 Prozent, FDP: 4 Prozent, AfD: 5 Prozent.
Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 30. Januar 2015.
Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage auf www.forschungsgruppe.de
Download Grafik (Copyright: ZDF/Forschungsgruppe Wahlen)
 www.heute.de <br /> http://twitter.com/ZDF
Fotos sind erhältlich über ZDF Presse und Information, Telefon: 06131 - 70-16100, und über http://pressefoto.zdf.de/presse/politbarometer
Mainz, 16. Januar 2015
ZDF Presse und Information
Telefon: 06131 - 70-12121

ZDF
ZDF-Strasse 1
55100 Mainz
Deutschland
Telefon: +49 (0) 6131-700
Telefax: +49 (0) 6131-70-12157
URL: http://www.zdf.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=585986" width="1" height="1">

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.